



GÖTTINGER BLÄTTER

06.2013

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Der Metall-Lohnabschluss gilt auch in Niedersachsen

Die Tarifeinigung in der bayerischen Metall- und Elektroindustrie wird auch für die Beschäftigten in Niedersachsen gelten. Die Lohnsteigerung beträgt bei einer Vertragslaufzeit von 20 Monaten deutlich weniger als fünf Prozent. Die Metaller hatten 5,5 % gefordert.

Am 15. Mai einigten sich Niedersachsen-Metallchef Volker Schmidt, und der Vorsitzende der IG Metall Niedersachsen, Hartmut Meine, in einem Telefonat auf die Übernahme des Abschlusses. Der Pilotabschluss aus Bayern sieht eine Lohnerhöhung in zwei Stufen um 3,4 Prozent ab Juli und um 2,2 Prozent ab Mai 2014 vor und hat eine Laufzeit von 20 Monaten. Mai und Juni gelten als Monate, in denen für die Metallunternehmen keine Lohnerhöhungen fällig werden. Die Auszubildenden der Metall- und Elektrobranche erhalten je nach Ausbildungsjahr 45 bis 48 Euro mehr AB-Vergütung pro Monat. Auch andere IG-Metall-Bezirke wollen den bayerischen Abschluss übernehmen. „Der Pilotabschluss ist tragfähiger Kompromiss, der ohne massive Warn-

streiks nicht möglich gewesen wäre“, sagte Meine.

In Niedersachsen wird der neue Tarifvertrag für rund 100 000 Beschäftigte gelten, nicht aber für die VW-Mitarbeiter, für die die IG Metall derzeit einen eigenen, neuen Haustarifvertrag aushandelt. „VW muss nun nach dieser Einigung Farbe bekennen und kann sich nicht mehr wegducken“, so Meine. Auch der Arbeitgeberverband NiedersachsenMetall lobte den Kompromiss obwohl die Metallunternehmer zunächst nur 2,2 Prozent angeboten hatten. Dies sei ein fairer Abschluss für beide Seiten, der zeige, dass die Sozialpartnerschaft auch in unsicheren Zeiten wie 2013 funktioniere, sagte er. In anderen Wirtschaftsbereichen drohen hingegen harte Tarifaueinandersetzungen. Im Einzelhandel organisierte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vor drei Wochen erste Warnstreiks; auch in der Sparte Versicherungen gab es keine Einigung. Ergebnislos ist am 14. Mai die erste Verhandlungsrunde der IG BCE (Bergbau, Chemie, Energie) mit den Arbeitgebern verlaufen. rn

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Metall-Lohnabschluss	1
VVN	2
FG Cuba	3
Asklepios	4
GÖLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
DKP	8
GÖLinke Ratsinfo	9
DIE LINKE. Niedersachsen	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Hartz IV: Erstmöblierung	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07.2013
ist der 14. Juni.
Auslieferung am 21. Juni

lichen Gesundheitsversorgung und weitere Vorschläge, die im Kern neue soziale Angriffe gegen die Lohnabhängigen und Erwerbslosen darstellen.

Die Erfahrungen mit der Agenda 2010 offenbaren den Irrsinn der „Wettbewerbsfähigkeit“. So war es u.a. die Agenda 2010, die auf Kosten der Arbeitenden und Erwerbslosen ihren Beitrag dafür sorgte, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Banken und Konzerne zu stärken und die Volkswirtschaften anderer EU-Staaten wie Griechenland und jetzt Zypern in die Knie zu zwingen. Die sozialen Einschnitte in diesen EU-Staaten dienen wiederum als Argument, um im Namen der „Wettbewerbsfähigkeit“ hierzulande den nächsten Sozialkahlschlag zu rechtfertigen.

Doch dieser Irrsinn folgt trotzdem einer inneren Logik – der Profit-Logik des Kapitalismus. Gegen diese Logik hilft nur eines: die Logik des Widerstandes und der internationalen Solidarität auf die Straße und in die Betriebe zu tragen.

Entnommen: www.dkp.de

Agenda 2020?

► Diesmal „Annahme verweigern“!

Die Herrschenden läuten eine neue Runde im Sozialkahlschlag ein

Absenkung der Erwerbslosenbezüge unter das Existenzminimum, faktische Abschaffung der freien Berufswahl, Einschnitte im Renten- und Gesundheitssystem, die Ausweitung des Niedriglohnssektors in nicht bekanntem Maße - dafür steht das „Reformpaket“ Agenda 2010, das die rot-grüne Bundesregierung 2003 durchsetzte. Armut per Gesetz! Zehn Jahre später scheint den Herrschenden die Zeit reif zu sein für eine neue Runde im Sozialkahlschlag.

Von Alt-Bundeskanzler Schröder (SPD), über Allianz-Chefvolkswirt Michael Heise bis zur BILD – sie alle sind sich einig: Eine Agenda 2020 muss her, denn „Deutschland kann seinen Vorsprung nur verteidigen (...), wenn wir hart an unserer Wettbewerbsfähigkeit arbeiten“, wie Schröder erklärte. In mundgerechten Happen wird in den Medien lanciert, wohin die Reise mit der Agenda 2020 gehen soll: Rente mit 70, Lockerung des Kündigungsschutzes, Ausbau der eigenverantwort-



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes— Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de - Email: vvn-goettingen@secarts.org



► Auszug aus der Rede der VVN-BdA Göttingen:

[...] Der 8. Mai ist ein Tag des Sieges, der Befreiung, der Freude. Er ist aber auch ein Tag der Erinnerung an die Mordtaten und Gräuelt, die vom deutschen Faschismus und Militarismus begangen wurden sowie ein Tag des Gedenkens an die vielen Opfer dieses antifaschistischen Befreiungskampfes. Es ist der Tag, jene zu ehren, die zum militärischen Sieg über den deutschen Faschismus beigetragen haben: die Soldaten der Anti-Hitler-Koalition (insbesondere die Soldaten der Roten Armee, denen 75% der gesamten deutschen Truppen gegenüberstanden und die somit die Hauptlast des Krieges zu tragen hatten), die Kämpfer der antifaschistischen Partisanenbewegung in den von Deutschland besetzten Gebieten, den illegalen antifaschistischen Widerstand, die Widerstandstätigkeit von NS-Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, den bewaffneten Widerstand in den jüdischen Ghettos sowie die Arbeit der illegalen Antifa-Komitees in den Konzentrationslagern. Sie alle setzten ihr Leben ein für eine künftige Welt, in der es nie wieder Platz für faschistische Ideologie oder deutsches Herrenmenschentum geben sollte.

Wenn wir von Gedenken sprechen, dann beinhaltet dies drei Komponenten:

1. Die Erinnerung an die Vergangenheit wachhalten und die geschichtlichen Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.
2. Die Geschichte nicht nur zu beschreiben, sondern zu analysieren. Es geht

darum, aus der Geschichte Lehren zu ziehen und eine Wiederholung von Fehleinschätzungen und Fehlern zu vermeiden.

3. Es geht auch darum Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung heißt, den Opfern Entschädigung und Wiedergutmachung zukommen zu lassen für die Verbrechen, die im deutschen Namen begangen wurden. [...]

Wie sieht es damit in der Bundesrepublik Deutschland konkret aus? Als direkter Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches gibt es mehr als nur die moralische Verpflichtung, sich mit den Taten des faschistischen Deutschlands zu befassen. Es besteht auch die Verpflichtung, das begangene Unrecht als solches zu benennen, die Täter zu bestrafen und den Opfern für das zugefügte Leid Entschädigung zu zahlen. [...]

Verantwortung für die begangenen Verbrechen des deutschen Faschismus wurden stets nur dann übernommen, wenn der öffentliche Druck aus dem Ausland zu groß wurde. Finanzielle Wiedergutmachungen erfolgten nur aus Opportunitätsgründen, wenn es sich nicht mehr vermeiden ließ. Keine einzige Entschädigungszahlung wurde aus freien Stücken erbracht.

Auch nach 1990 hat sich daran wenig geändert. Die Entschädigungszahlungen für NS-Zwangsarbeiter wurden erst dann gezahlt, als Opfergruppen bereits juristische Sammelklagen in den USA eingereicht hatten. Diese wären

27.04.2013: Gedenken anlässlich des 80. Jahrestages der Errichtung des KZ Moringen
vlnr: viele Organisationen legten Kränze am Gedenkstein auf dem Moringer Friedhof nieder (1), Beitrag von Moringer Schülerinnen und Schülern (2), Peter Dürrbeck spricht für die VVN-BdA (3), Blick auf das Gräberfeld für die Toten des Jugend-KZ (4).

den einzelnen Unternehmen vermutlich wesentlich teurer zu stehen gekommen als die Regelung, die im Jahre 2002 dann verabschiedet wurde. Eine lächerliche Summe von ungefähr 5 Milliarden EUR, die zu gleichen Teilen von Industrie und Bundesrepublik aufgebracht wurde, sollte an ehemalige Zwangsarbeiter in fünf osteuropäischen Staaten, Israel und den USA ausgezahlt werden. Vorbedingung für diese Zusage war von deutscher Seite die vollständige Rücknahme der eingereichten Klagen. Seitdem müssen sich die Opfer von damals als Bittsteller von heute einreihen, um ein paar hundert EUR „Wiedergutmachung“ für ihre Sklavenarbeit zu erhalten. Ist das nicht ein durch und durch schäbiges Verhalten? [...]

Und genau an diesen Punkten ist es wichtig, dass antifaschistische Organisationen wie die VVN-BdA immer wieder aktiv werden und den Finger in die Wunde legen. Denn der bürgerliche Staat und die hiesige Wirtschaft werden uns diese Aufgabe nicht abnehmen. Die werden auch zukünftig an Gedenktagen pathetische Reden halten, während sie die berechtigten Forderungen der Opfergruppen und -verbände weiterhin borniert aussitzen. Antifaschismus bleibt somit in erster Linie Basisarbeit.

**In diesem Sinne:
Nie wieder Faschismus!**

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Am Dienstag, den 04. Juni 2013

Das Treffen findet um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Kuba alphabetisiert in 30 Ländern

Seit zehn Jahren Alphabetisierung mit dem Programm „Yo, sí puedo“. 775 Millionen Menschen sind laut UNESCO Analphabeten, fast zwei Drittel Frauen

Havanna. Mehr als sieben Millionen Menschen in 30 Ländern haben bislang am kubanischen Alphabetisierungsprogramm „Yo, sí puedo“ (Ich kann das!) teilgenommen. Dies sagte der Leiter für Jugend- und Erwachsenenbildung des Lateinamerikanischen und karibischen Institutes für Pädagogik, José del Real, bei einer Pressekonferenz in Havanna. Anlass war das zehnjährige Bestehen des Programms. Aktuell werden mehr als eine Million Menschen nach der „Yo, sí puedo“-Methode unterrichtet.

Zum ersten Mal wurde die Methode ab dem Jahr 2003 mit der Alphabetisierungskampagne der Regierung von Präsident Hugo Chávez in Venezuela umgesetzt. An der „Misión Robinson I“, wie das Programm heißt, nahmen über eine Million Venezolaner teil. Dabei flossen frühere Erfahrungen aus der Arbeit in Ländern wie Haiti und Mexiko ein. Das Programm funktioniert durch Unterricht per Video und wird durch Bücher oder Broschüren ergänzt. Ebenso wichtig ist ein „Lernhelfer“ (Facilitador): eine Person aus der glei-

chen Gemeinde, die durch Spezialisten geschult wird, um ihren Nachbarn beim Lernprozess zu helfen.

„Die Anwesenheit dieses Lernhelfers, der kein Fremder sondern ein Mitglied der Gemeinde ist, bildet ein wesentliches Element, damit sich das Programm richtig entwickelt. Denn eine grundlegende Voraussetzung ist es, den gesamten Lehrplan zu kontextualisieren“, sagte del Real. Deshalb werde auch vor Beginn der Alphabetisierungskampagne in einem neuen Land ein Prozess der Anpassung an den soziokulturellen und sprachlichen Kontext vorgenommen, ebenso an die Notwendigkeiten und Bedürfnisse der jeweiligen Bevölkerung. Das beinhaltet auch die Anpassung an die englische, portugiesische und französische Sprache und ebenso an die indigenen Sprachen wie Quechua, Aymara und Guarani.

„Die Kontextualisierung ist wesentlich für den Erfolg des Programms. Umso mehr, weil unsere Absicht nicht nur das Lehren des Lesens und Schreibens ist, sondern es geht darum, gebildete und

bewusste Bürger auszubilden, die etwas zur Entwicklung ihrer Völker beitragen“. In mehreren Ländern, in denen die Alphabetisierungskampagne abgeschlossen wurde, werde mit anderen Bildungsprogrammen weitergearbeitet. Dies geschehe beispielsweise mit dem Programm „Ich kann schon lesen und schreiben“ oder „Ich kann weitermachen“, mit dem ein Grundschulabschluss verbunden ist.

Bezüglich des Beginns der Initiative erklärte der Wissenschaftler, sie sei aus der Einsicht entstanden, dass die Arbeit in den Institutionen der verschiedenen Länder ungenügend ist, um den Analphabetismus zu beseitigen. Deshalb habe Kuba eine alternative Methode entwickelt, die dazu beigetragen habe, diese Geißel zu beseitigen, auch wenn sie weltweit immer noch verbreitet ist, wie die Zahlen des UNESCO-Weltbildungsberichts 2012 belegen: Etwa 775 Millionen Menschen sind Analphabeten, fast zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Wenn die Alphabetisierungs- und Weiterbildungskampagnen weltweit nicht durch ein angemessenes Bildungssystem ergänzt werden, sei der Analphabetismus zwar für einen bestimmten Moment in einer bestimmten Region beseitigt, aber neue Generationen würden wieder in die gleiche Situation geraten, sagte del Real abschließend. *Amerika21.de*

► Protest. Kuba-Soligruppen »begrüßen« Bloggerin Yoani Sánchez in Berlin

Berlin. Am Mittwoch machte die auch von deutschen Medien als Oppositionelle hofierte Kubanerin Yoani Sánchez in Berlin Station. Auf Einladung der tageszeitung und der Organisation Reporter ohne Grenzen referierte sie auf dem Blogger-Kongreß »Re:publica«. Gegen ihren Auftritt protestierten am Tagungsort

Vertreter von Kuba-Solidaritätsgruppen und linken Parteien (Foto). Sie kritisierten vor allem ihre regen Kontakte zu extrem rechten Exilkubanern. Sowohl vor dem Gebäude als auch im Hause brachten Aktivisten ihre Kritik zum Ausdruck. Aus dem Gebäude wurde Schmutzwasser über die Demonstranten geschüttet,

wofür die Veranstalter auch von den anwesenden Polizisten gerügt wurden.

Auf der Internetseite der taz brachte eine Besucherin der Debatte mit Sánchez ihre Enttäuschung zum Ausdruck. Die Bloggerin verstehe es, der Beantwortung wichtiger Fragen etwa zum »Verhältnis zur Politik der USA und zu den extremen Rechten in verschiedenen Längern, zu den Cuban five« auszuweichen. Es entstehe der Eindruck, daß sie sich »vor den Karren fremder Interessen spannen« lasse.

► Asklepios: Besuch von Herrn Oppermann

Am 14.05. hatte die SPD in Form von Herr Oppermann tatsächlich den Weg in die Asklepios Psychiatrie Niedersachsen GmbH gefunden - nachdem sie in den Zeitungen großartig einen Rückkauf der Krankenhäuser in Göttingen und Tiefenbrunn angekündigt hatten.

Leider klang das dann beim Besuch nicht mehr so optimistisch und bei weitem nicht mehr mit so viel Tatendrang: Scheinbar war es auch der SPD aufgefallen, dass es in Deutschland mittlerweile nicht mehr üblich ist, Krankenhäuser in öffentlicher Hand neu zu eröffnen, geschweige dann bereits verramschte Häuser zurückzukaufen.

Immerhin bemerkte Herr Oppermann dann doch, dass Göttingen und Tiefenbrunn wohl unter Wert verkauft wurden. Und davon kann man tatsächlich ausgehen, wenn man sich die Preise mal anschaut: Das damalige niedersächsische Landeskrankenhaus Göttingen wurde für ungefähr 11 Mio. Euro verkauft und das ehemalige niedersächsische Landeskrankenhaus Tiefenbrunn wirkt mit 500.000 Euro fast wie ein Geschenk.

Die SPD wird dann auch ziemlich schnell bemerkt haben, dass diese Preise sicherlich nicht von Asklepios bei einem Rückkauf angegeben werden würden. Und Herr Oppermann – als Vertreter des Volkes – sort sich so sehr, dass er den Bürgerinnen und Bürgern nicht eine solche finanzielle Belastung zumuten könne.

Aber wie sieht es denn aktuell aus? Die Krankenkassen, in die vor allem die Lohnabhängigen einzahlen, bezahlen den Krankenhausaufenthalt in der Psychiatrie für einen Patienten nach einem festen Pflegesatz. Dieser Pflegesatz wird zwischen den Krankenkassen und dem psychiatrischen Krankenhaus auf Grundlage von Behandlungs- und Pflegetagen vereinbart.

Um dies auf eine angemessene Art und Weise verhandeln zu können, wurde bereits 1990 die „Psychiatrie Personalverordnung“ (kurz Psych-PV) als Bundesrechtsverordnung erlassen.

In dieser Psych-PV wird die personelle Ausstattung in psychiatrischen Krankenhäusern auf Basis der Eingruppierung der stationär behandelten Patienten in Behandlungsbereiche und Behandlungs-

arten geregelt und festgelegt. Die Psych-PV ist somit ein wesentlicher Rahmen für die Finanzierung der Behandlung in der Psychiatrie und setzt Mindeststandards für die Patientenversorgung. Die Krankenkassen orientieren sich daran und private Krankenhausbetreiber nehmen es als Verhandlungsgrundlage.

Aber setzen sie die Psych-PV tatsächlich um? Glaubt man den Zeitungsartikeln in den letzten Wochen, dann scheinbar ja nicht. Dort war die Rede von einer Umsetzung von 70 bis 80% in der Krankenpflege. Teilweise seien auf manchen Stationen noch nicht einmal die Hälfte des benötigten Personals vorhanden.

Wie kann da ein Patient noch angemessen behandelt werden? Die Krankenkassen bezahlen aber andere Pflegesätze – Pflegesätze für ausreichend Personal und vernünftige Behandlung der Patienten. Nur wird scheinbar nicht kontrolliert, was mit den Geldern passiert.

Und dabei sind es die Krankenkassenbeiträge aller Bürgerinnen und Bürger Deutschlands.

Die Krankenhausbetreiber können sich freuen: Wenn sie 100 minus x % Personal beschäftigen, aber das Geld für 100% Personal bekommen, haben sie schon guten Extra-Gewinn gemacht. So kann sich im Falle der Asklepios Psychiatrie Niedersachsen GmbH Herr Gr. Broermann als Alleingeschafter des Asklepios-Konzerns über eine Gewinnmaximierung durch Reduzierung des Personals freuen - und das aus Geldern von Krankenkassenbeiträgen.

Nicht zu vergessen ist, dass das Land Krankenhäuser auch unterstützt. So kann jeder Krankenhausbetreiber Fördermittel für Umbau und Neubau aus dem Investitionsprogramm für Krankenhäuser des Landes Niedersachsen beantragen. Und private Krankenhausbetreiber nehmen gern öffentliche Fördermittel in Anspruch – so brauchen sie wenigstens nicht ihr eigenes „schwer erwirtschaftetes Geld“ (Personalabbau will auch geplant und organisiert sein!) aufwenden.

Diese Fördermittel kommen aber nicht von sonst woher: Auch hier darf der Bürger bezahlen - durch die Steuern, die das Land Niedersachsen einnimmt. So konnte in den letzten Jahren die Asklepios Psychiatrie Niedersachsen auch auf öffentliche Fördermittel zugreifen, hat mehrere Stationen eröffnet, Umbauten vorgenommen. Nur hat der Krankenhausbetreiber auch hier vergessen im gleichen Umfang Personal einzustellen!

So wird es wohl auch, wenn man den Aussagen der SPD glauben mag, auch weitergehen: Der Bürger bezahlt die Gewinnmaximierung von privaten Krankenhausbetreibern durch Krankenkassenbeiträge und Steuern weiter, da ein Krankenhaus für das Land zu teuer sei.

Aber Herr Oppermann wusste dann zum Schluss noch etwas „Gutes“ zu berichten: Immerhin konnte die Forensik vom Verkauf verschont bleiben. Dies ist zwar tatsächlich mal gut, aber für Göttingen heißt das: 2 Stationen sind zum Maßregelvollzugszentrum Moringen gegangen und 4 Stationen sind trotzdem zum Asklepios-Konzern gewechselt. Zusammen sieht das dann so aus: In Tiefenbrunn und Göttingen werden ungefähr 35 psychiatrische Stationen, 3 Tageskliniken und 5 psychiatrische Ambulanzen mit insgesamt um die 1.050 Mitarbeitern betrieben.

Trotz der Größe des Arbeitgebers ist die Asklepios Psychiatrie Niedersachsen bisher in der Öffentlichkeit kaum beachtet worden. Und das, obwohl angeblich die Gesundheit der Menschen das wichtigste Gut ist. So sollte man doch vielleicht sich jetzt mal Gedanken darüber machen, ob die Gesundheit – bzw. in dem Fall die Krankheit – zur Gewinnmaximierung von privaten Krankenhausbetreibern durch die Gelder der Bürgern finanziert werden sollte.

Noch ein paar Fakten zum Asklepios-Konzern:

- Ungefähr 100 Krankenhäuser, Reha-Einrichtungen und medizinische Versorgungszentren bundesweit
- 2,97 Mrd. Euro Umsatz im Jahr 2012
- 45.390 Mitarbeiter
- Aktienbeteiligungen an MediClin AG (52%) und an den Rhön-Kliniken (5,01%)

(bn)

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Ein Gesundheitswesen, das krank macht!

Fast kein Tag vergeht mehr ohne Skandal- und Horrormeldungen aus dem Bereich der Gesundheitspolitik. Manipulierte Transplantationen – Ausgangsort Göttingen – , Ärztebestechung – Hartmannbund wehrt sich gegen gesetzliche Regelungen – , Abrechnungsbetrug – mindestens dreistellige Millionenbeträge zu Lasten der Kassen und damit der Beitragszahler. Wir sind Spitzenreiter bei operativen Eingriffen, die sich zwischenzeitlich in großen Teilen als fragwürdig, überflüssig und sogar gesundheitsgefährdend erweisen.

Der Pflegenotstand ist offensichtlich. Die Zwei-Klassen-Medizin hat längst Einzug gehalten. Privatpatienten, Kassenpatienten und hier insbesondere Geringverdiener/innen kann man mittlerweile deutlich am Zustand ihrer Zähne erkennen.

Das alles ist aber nur eine Kehrseite einer verrosteten Medaille, die zu Lasten der Beitragszahler und Patienten geht. Die andere Seite wird immer noch eher „unter den Teppich gekehrt“. Lohndumping, Personalabbau, Arbeitsverdichtung und Arbeitsstress beim Klinikpersonal führt zu nicht mehr hinnehmbaren Belastungen beim Klinikpersonal, zunehmenden Krankheitsstand und unübersehbaren Stresssymptomen. In den Kliniken herrscht „Burn-out-Alarm“.

Über die sich immer weiter verschlechternden Arbeitsbedingungen, die in Teilen mangelhafte Patientenversorgung, die Drohgebärden der Geschäftsleitung gegenüber Kritikern in den privat betriebenen Asklepios-Kliniken in Göttingen haben wir gerade in letzter Zeit häufiger berichtet. Dabei haben wir insbesondere die Verbindungslinien zur Privatisierung gezogen, den Drang zu möglichst hoher Rendite für die Anteiligen hervorgehoben und insgesamt die Degradierung von Gesundheit zur Ware thematisiert.

Es scheint so, dass wir dabei die Situation der Kolleginnen und Kollegen

in den öffentlichen Krankenhäusern etwas hinten gestellt haben. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Uni-Kliniken Göttingen haben sich nun deutlich zu Wort gemeldet und in einer von über 1000 Beschäftigten unterschriebenen Petition auf die sich immer weiter verschärfende Situation am Arbeitsplatz aufmerksam gemacht:

Immer weniger Pflegekräfte versorgen immer mehr Patienten in immer kürzerer Zeit. Die Kolleginnen und Kollegen fordern mit Recht endlich eine gesetzlich verankerte Personalbemessung für Mitarbeiter/innen in Krankenhäusern und psychiatrischen Einrichtungen. Der ver.di „Pflegecheck“ hat ergeben, dass jetzt schon 162.000 Stellen in den Krankenhäusern fehlen. Während in Norwegen und Dänemark im Schnitt 8 Patienten/innen auf eine Pflegekraft kommen, beträgt in Deutschland inzwischen der Durchschnitt 1 : 21.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE in einer kleinen Anfrage die Bundesregierung um Auskunft und Stellungnahme über die Stellensituation im Pflegedienst der Krankenhäuser aufgefordert. Die jetzt vorliegende Antwort ist mehr als besäuernd.

Alle Probleme werden schlichtweg geleugnet: Die parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium Ulrike Flach (FDP) findet, es gäbe „keine belastbaren Erkenntnisse zwischen einer personellen Unterdeckung und daraus resultierenden Folgen für die Versorgung von Patientinnen und Patienten, sowie für die gesundheitliche Situation von Pflegekräften“. Eine gesetzliche Vorgabe im Sinne einer Personalbemessung „würde die Dispositionsmöglichkeiten der Krankenhäuser weiter einschränken“ und den gewollten Effekt des Wettbewerbs zwischen den Kliniken verwässern.

Zynischer und fahrlässiger kann man mit Patientinnen, Patienten und dem Krankenhauspersonal kaum umgehen. Für die Göttinger Linke gilt: Kranken-

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de
SprecherInnenkreis:
Barbara Kunis, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Gerd Nier,
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Patrick Humke
Civar Akad

Kommunalpolitischen Arbeitskreis:

Vorankündigung:

Der nächste kommunalpolitische Arbeitskreis findet voraussichtlich am **19. Juni, 19.00 Uhr statt:**
Thema: Wohnraumnot

schwestern, Ärztinnen und Ärzte und das Pflegepersonal dürfen nicht zur Dispositionsmasse für Haushaltssanierungen werden. Das Recht auf Gesundheit ist ein allgemeines Menschenrecht und darf nicht zur Ware degradiert werden.

Wir unterstützen die Kolleginnen und Kollegen im Göttinger Klinikum in ihrer Forderung nach einer gesetzlichen Personalbemessung. Für eine gute Versorgung der Pateinten/innen und ihrer Sicherheit, für die Einhaltung menschenwürdiger Standards in der Pflege, für gesunde und humane Arbeitsbedingungen des Personals, für eine angemessene, tarifgerechte Bezahlung. Die Zeit zum Handeln ist überfällig.

(gn)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung:

Montag den 24.06.2013 um 19.00 Uhr im Roten Zentrum

Tagesordnung

1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2. Bericht des Kreisschatzmeisters
3. Bundestagswahlkampf
4. Bericht vom Bundesparteitag
5. Termine / Mitteilungen
6. Verschiedenes

Helfer/innenparty für alle, die im Bundestagswahlkampf aktiv helfen wollen zur Einstimmung auf den kommenden Wahlkampf bei unserem Direktkandidaten Gerd Nier **am 28.06. ab 18.00 Uhr** (Brauweg 35). Näheres gibt es zeitnah per Mail und auf der Webseite.

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Dienstag, 4. Juni 2013, 19 Uhr, Rotes Zentrum,
mit Nachwahl zum OrtssprecherInnenrat
Tagesordnung siehe Maiausgabe oder auf der Webseite

OV Hann. Münden Hauptversammlung

Wahl des OV SprecherInnenrates
Am Freitag, den 07. Juni 2013 um 19.00 Uhr
in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“, Siebenturmstr. 9 in 34346 Hann. Münden
Tagesordnung siehe Maiausgabe

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

erfragen bei Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a in Dransfeld; Tel.05502/4798034

OV Adelebsen-Bovenden

Bitte erfragen bei Oliver Preuss (s. Kontaktleiste)

Ortverband Rosdorf Mitgliederversammlung

Termine bei Azad Onal (vgl. Adressenspalte) erfragen.

Arbeitskreise:

Ökologische Plattform:

Infos bei Eckhard, Tel. 0551-40137061/ 0160-91330457, E-Mail: eckhardfascher@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft:

Termine bitte bei Andreas Gemmecke erfragen (Adressenspalte Terminseite)

Linksjugend [;solid]:

Ansprechpartner ist derzeit Kristof Roloff: solid@die-linke-goettingen.de
Gruppentreffen am **Mittwoch 05.06. um 19.00 Uhr im Roten Zentrum**

Hochschulgruppe DIE LINKE SDS

Termine bitte bei Eberhard Schmidt erfragen: 0551-7076727

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

Newsgroup:

Anmeldung unter:

webmaster@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solid@die-linke-goettingen.de

Hochschulgruppe DIE LINKE SDS

Eberhard Schmidt, Tel. 0551 7076727,

E-Mail: eberhard.schmidt666@arcor.de

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546

rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
E-Mail: adelebsen@die-linke-goettingen.de

oder bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Arbeitsgruppen

AG Sozialpolitik: Patrick Humke,
Tel. 05 51-5 31 15 63,
patrick.humke@dielinke-goettingen.de

Ökologische Plattform:
Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457
Festnetz: 0551-40137061
eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457,
Festnetz: 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de oder

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

► „Wie sollen wir bis dahin Überleben?“ – ein Beitrag zur Euro-Debatte

Von Andrej Hunko.

Mit dem Slogan „Euro – so nicht“ protestierte 1998 die PDS im Bundestag gegen die Einführung des Euro. Gregor Gysi vertrat in seiner damaligen Rede den Standpunkt, dass eine europäische Integration nur gelingen würde, wenn wirtschaftliche, soziale und ökologische Angleichungsprozesse eingeleitet würden. Mit dieser Diagnose behielt Gregor Gysi leider Recht. Auch die Linke außerhalb der PDS lehnte 1998 die Einführung des Euro, bzw. die zugrunde liegenden Maastrichter Verträge ab. Ich schrieb damals in einer kleinen Linken Zeitung:

„Die Kriterien der Maastrichter Verträge, Begrenzung der Staatsverschuldung und der Inflation, zeigen, worum es bei diesem Europa geht: um stabile und sichere Ausbeutungsbedingungen der großen Konzerne... Für die Linke ist es notwendig, sich klar und deutlich gegen die Maastricht-Verträge auszusprechen, ohne jedoch den Hauch eines Zugeständnisses an den Nationalismus zu machen.“

Die Konstruktionsfehler des Euro, die in den Maastricht-Kriterien festgelegt sind, sind weniger das Ergebnis neoliberaler Verblendung seiner Konstrukteure, sie entsprechen vielmehr den Interessen des kerneuropäischen, maßgeblich des deutschen, Capitals.

Im Zuge der Finanzkrise 2008 rissen die bis dato relativ einheitlichen Refinanzierungszinsen der Staaten im Euroraum unter dem Druck der Finanzmärkte und Rating-Agenturen auseinander, ohne dass die EZB entscheidend eingriff. Ein Staat nach dem anderen wurde gezwungen, so genannte Rettungsschirme und – als Gegenleistung – die Austeritäts- und Privatisierungsdiktatur der Troika zu akzeptieren. DIE LINKE kann stolz darauf sein, dass sie als einzige Partei im Bundestag alle diese Kolonialisierungsprojekte, die natürlich immer als „Eurorettung“ oder „pro-europäisch“ bezeichnet wurden, abgelehnt hat.

Mit der „Zypern-Rettung“ erreichte die Willkür einen neuen Höhepunkt. Es ist mir völlig schleierhaft, wie Menschen, die sich ein Mindestmaß an Empathie für die soziale und ökonomische Situation der Menschen in diesem Land beibehalten haben, dem Vorgehen Schäubles, Merckels und Asmussens zustimmen konnten. Die verordnete Rezession wird nach offiziellen Prognosen doppelt so tief sein wie in Griechenland.

Wenige Tage nach dem Zypern-Beschluss war ich in Nikosia und habe mit verschiedenen Linken, darunter auch dem Vorsitzenden der AKEL, Andros Kyprianou, gesprochen. Die AKEL repräsentiert etwa 30% der zyprischen Gesellschaft und gehört damit zusammen mit der griechischen SYRIZA zu den stärksten linken Parteien in Europa.

Andros Kyprianou sagte mir, dass die AKEL international bekannte Ökonomen beauftragt habe, einen Weg Zyperns außerhalb der Troika-Diktate zu entwerfen, der de facto auf einen Weg außerhalb des Euros hinauslaufe. Mit der Euro-Mitgliedschaft könne sich Zypern nicht der Troika entziehen. Dieser Weg solle der zyprischen Öffentlichkeit vorgestellt und dann einem Referendum unterzogen werden. Dieser Vorschlag ist mittlerweile Position der AKEL und öffentlich gemacht worden.

Ich entgegnete, dass ich mich für die Respektierung eines solchen Schrittes in Deutschland einsetzen werde, das aber nur für die zweitbeste Lösung halte. Besser wäre der gemeinsame Kampf für einen radikalen Kurswechsel in Europa in Richtung der bekannten Forderungen der Europäischen Linken. Andros Kyprianou stimmte mir zu und sagte dann: „Aber wie sollen wir bis dahin überleben?“

Das ist der Knackpunkt. Die Behebung der Konstruktionsfehler des Euro in Richtung eines sozialen und solidarischen Europas ist möglich und zweifellos die beste Wahl. Was aber, wenn

wir zu schwach sind, diesen so dringend notwendigen Kurswechsel schnell durchzusetzen? Was, wenn sich die Krisenhaftigkeit und Verzweiflung in vielen europäischen Ländern weiter zuspitzen? Was, wenn der Euro aufgrund seiner Konstruktionsfehler an seinen inneren Widersprüchen zerbricht? Schöne Worte des Bekenntnisses zum Euro helfen da nicht weiter. Es muss zumindest das Recht auf einen demokratisch – am besten per Referendum – legitimierten Austritt geben. Es ist ein Skandal, dass die europäischen Verträge diesen Fall gar nicht vorsehen.

DIE LINKE sollte meines Erachtens im Wahlprogramm kein positives oder negatives Bekenntnis zum Euro abgeben, sondern die Konstruktionsfehler der Gemeinschaftswährung und die Interessenlagen bei der gegenwärtigen Eurorettung offen legen. Sie sollte insbesondere die europäische Austeritäts- und Privatisierungspolitik der anderen deutschen Parteien und der Troika brandmarken, das deutsche Lohndumping gegenüber den anderen Euroländern angreifen und radikale Alternativen im Rahmen einer gemeinsamen Währung einfordern. Zugleich muss sie sich aber auf den Fall des möglichen Scheiterns des Euro vorbereiten. Die unaufgeregte und solidarische Debatte dazu ist überfällig, sie sollte aber entlang sozialer und ökonomischer Realitäten erfolgen. Letztlich wird es darauf ankommen, welche Kräfte die Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen gemeinsam mit der parlamentarischen Linken entwickeln können, um Druck zu machen für eine weitreichende Veränderung der europäischen Wirtschaftsmechanismen.

A. Hunko ist im Bundestag Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

**Europabüro
Göttingen**

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer
Mo-Fr: 10.00-15.30 Uhr

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Bildungsangebot – Titel: Einführung in den historischen Materialismus

Der historische Materialismus von Marx und Engels ist eine Theorie über Muster des Geschichtsverlaufs und die darin zu erkennenden Gesetze. Für politische Interessen, wie auch bei Marx und Engels, ist die krisenhafte, sozial und moralisch zweifelhafte Entwicklung des Kapitalismus und die hoffentlich darin gegründete Aussicht seiner Überwindung durch sozialistische Verhältnisse das Wesentliche. Der Historische Materialismus ist ausgearbeitet worden anhand der Entwicklung des Kapitalismus aus dem europäischen Feudalismus.

Damit man ein „Gefühl“ dafür bekommt, was in den so abstrakten Kategorien wie „Produktionsverhältnisse“ und „Produktionsweise“ steckt, ist es nützlich, sich einen kleinen historischen Überblick zur Geschichte des Kapitalismus aus heutiger Sicht zu verschaffen.

- **Lesegrundlage:** „Fulcher - Kapitalismus - Reclam Universal-Bibliothek“, 2004, 5 Euro: 180 Seiten, sehr leicht lesbar, eingängig geschrieben und sehr übersichtlich gegliedert, einfach zu verstehen und zu merken! Da Fulcher bewusst bei Marx anknüpft, ist das Buch nicht nur eine sehr kurze Erzählung, sondern auch eine Illustration des historischen Materialismus.
- **Arbeitsweise:** Jeder, der teilnehmen will, kauft sich das Büchlein und fängt an, es zu lesen! Die Besprechungen in den gemeinsamen Sitzungen erfolgen dann entsprechend des gelesenen Textes
- **Umfang:** Im Rahmen von 8 Stunden Juli / August und November / Dezember
- **Diskussionsabende:** 14.tägig Diens- tags, 20.00 bis 22.00 Uhr, **Beginn: vorauss. 2. Juli 2013**
- **Anmeldungen bei:** goettingen@dkp-niedersachsen.de
- **Nachfragen, Auskünfte und Hilfen bei Jörg Miehe -** gmiehe@googlemail.com

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 11. Juni, 20.00 Uhr

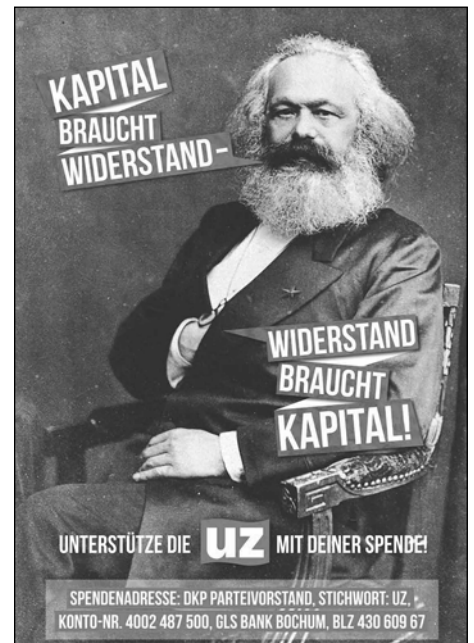
Thema:
Kommunalpolitik -- Gunnar

Dienstag, 25. Juni, 20.00 Uhr

Thema: Die Öffentlichkeitsarbeit der DKP Göttingen (u.a. unsere neue Homepage)

Die **Sitzungen des Sprecher/innenrates** finden in der Regel am 1. Montag im Monat statt. Nähere Informationen über goettingen@dkp-niedersachsen.de.

**Nicht nur für
DKP'lerInnen!**



UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



Jetzt kostenlos 10 Wochen testen!

**Rote Fahnen
sieht man
besser!**

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Editorial Die vergangene Ratssitzung war so kurz, dass selbst die Bürger/innenfragestunde bereits vor 18.00 Uhr stattfand. Die Themen Radunfälle, Kataster für kulturelle Räume, Gedenktafel am Alten Rathaus und Städtetourismus ließen kaum heftige Diskussionen aufkommen. Jedoch hat Patrick Humke auf die Unsinnigkeit überplanmäßiger Aufwendungen hingewiesen, wenn diese Ausgaben bereits bei Verabschiedung des Haushalts bekannt sind, was helftige Gegenwehr der Verwaltung auslöste

TOP 5 Antrag zur Ratssitzung am 15.05.2013 ‚Gedenktafel am alten Rathaus‘

Der Rat möge beschließen: Die am Alten Rathaus angebrachte Tafel für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges wird entfernt. Sollte sich dafür keine Ratsmehrheit finden, sollte hilfsweise eine erläuternde zweite Informationstafel angebracht werden, die unserem heutigen demokratischen Verständnis von Krieg und Frieden entspricht.

Begründung:

Erst der Offene Brief eines Göttinger Bürgers hat unseren Blick auf die sog. Gedenktafel und ihren Inhalt gelenkt. Eigentlich ist den überzeugenden Ausführungen des Offenen Briefes an den Oberbürgermeister und die Fraktionen kaum mehr etwas hinzuzufügen. Nehmen wir den 100-sten Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges 2014 zum Anlass, "die Göttinger Gefallenen aus der Instrumentalisierung durch einen nationalistischen Militarismus zu lösen" (Zitat Offener Brief). Es mag im Sprachduktus einer kaiserlich preußischen Militärregierung und von nationalistischem Denken geprägten Epoche liegen von "den in den Heldenkämpfen 1914 - 1918 gefallenen Söhnen der Stadt Göttingen ... (die) mutig für das Vaterland gefallen" zu sprechen, unserem heutigen demokratischen Verständnis widerspricht eine solche Form des Gedenkens allerdings elementar. Patrick Humke brachte diesen Antrag ein.

Noch während die gestrige Ratssitzung lief erreichten uns auf unserer neu eingerichteten facebook-Seite der Ratsfraktion teilweise erschreckende, tumbe und böartige Kommentare. Hintergrund: Unser Antrag zum Umgang mit einer sog. Gedenktafel am Alten Rathaus. Ein Bürger hatte uns darauf aufmerksam gemacht, dass den getöteten Soldaten des Ersten Weltkrieges darauf mit den Worten gedacht wird: „den in den Heldenkämpfen 1914 – 1918 gefallenen Söhnen der Stadt Göttingen (die) mutig für das Vaterland gefallen“. Wir wollen und werden den Opfern von Kriegen und Verbrechen gedenken, aber nicht, indem wir diese Menschen für vordemokratisches, militaristisches und nationalistisches Gedankengut missbrauchen lassen.

Kommentare wie: „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“, „Kein Funken Ehre im Leib, Pack“ und weitere Beschimpfungen und Drohungen werden uns nicht davon abhalten, auch weiterhin für Antimilitarismus, für Völkerverständigung und Gerechtigkeit einzutreten und Gedenkformen entgegenzutreten, die Menschenverachtung, Feindschaft und Krieg huldigen. Unser Antrag wurde bei nur einer Gegenstimme angenommen und in den zuständigen Ausschuss verwiesen. Das heißt, dass wir nicht allein stehen mit der Erkenntnis, dass solche Gedenktafeln nicht unkommentiert bleiben dürfen. Selbst die große Mehrheit der bürgerlichen Parteien teilt diese Ansicht.

TOP 22 Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion betr. 'Potentialanalyse für den Städtetourismus' im Antrag fordern die Grünen die Verwaltung auf zu prüfen, wie groß der Aufwand wäre eine Analyse der vorhanden oder möglichen touristischen Attraktionen zu erstellen. Welche Attraktionen, fragt mensch sich da und Gerd Nier hat dies in seiner Rede auf satirische Weise zum Ausdruck gebracht: Meine Damen und Herren, ach hätten wir doch so etwas wie einen Eiffelturm oder einen überdimensionierten Obelisken, einen Big Ben oder eine Akropolis, dann wäre der Prüfantrag der Grünen zur Analyse der vorhandenen und nutzbaren touristischen Attraktionen in Göttingen für die Verwaltung um ein Vieles leichter. Es würde dann einen erheblich geringeren Aufwand bedeuten, den Aufwand zu prüfen was die Katalogisierung des Gänseliesels, des Alten Rathauses, des Vier-Kirchen-Blicks, des Unikarzers, des Planetariums, des Bismarkhäuschens samt Wall und all der anderen in den Broschüren der Kulturverwaltung und des Fremdenverkehrsbüros aufgelisteten Göttinger Kleinode zusammenfassend zu erstellen. Schade, dass den Grünen das Gänseliesel zur bürgerschaftlichen Identitätsbildung nicht ausreicht. Wenngleich wir gerade ja ein Hotelgutachten auf dem Tisch hatten, so ist doch die Idee, das Hotelgewerbe vor Ort an der Analyse zu beteiligen nicht von der Hand zu weisen. Und auch die Beteiligung der Uni – möglichst im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie – erscheint uns angemessen und logisch. Also liebe Verwaltung prüfe!

Wir haben diesen Antrag schon differenziert geprüft und diskutiert und ihn für zu leicht empfunden. Nun ja, aber da wir uns fast am Ende der öffentlichen Tagesordnung befinden liebe Kolleginnen und Kollegen, prüfe sich ein jeder selbst, was er von diesem Antrag halten will.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

► Bericht von der Landesvorstandssitzung DIE LINKE. Niedersachsen

Patrick Humke

In seiner Maisitzung des Landesvorstand DIE LINKE. Niedersachsen wurden weitere Beschlüsse zum Bundestagswahlkampf gefasst. Weiterhin konnte eine Verständigung hinsichtlich der Nutzung des vielgescholtenen Kreisverbändeverters erzielt werden und die Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen (RLS Niedersachsen) in einem inhaltlichen Austausch bekräftigt werden.

Der Landesvorstand bestellte mit Sabine Lösing die Leitung des Landeshwahlbüros Niedersachsen. Als weitere Mitglieder sind Jutta Krellmann, Maren Kaminski, Pia Zimmermann, Hakan Bakar, Herbert Behrens, Ole Fernholz, Daniel Josten und Hannes Hoppe vorgeschlagen. Patrick Humke ist zum Leiter Kultur (Durchführung Kulturveranstaltungen) und zusammen mit anderen als Verantwortlicher für die Durchführung der sog. ‚Promiveranstaltungen‘ vorgeschlagen worden. Darüber hinaus werden weitere Mitglieder bestimmte themenspe-

zifische und organisatorische Aufgaben übernehmen. Mit diesen Vorschlägen sind die Voraussetzungen für die inhaltlichen und organisatorischen Aufgaben für den anstehenden Bundestagswahlkampf in Niedersachsen geschaffen worden.

Wie bekannt ist, ist der E-Mail-Kreisverbändeverters eingerichtet worden, um den Informationsaustausch der Kreisverbände untereinander, Mitteilungen der Abgeordneten, Mitteilungen des Landes- und Parteivorstandes zu organisieren. Erreicht werden sollte damit, dass durch den Erfahrungs- und Informationsaustausch politische Aktionen durchgeführt werden und für Transparenz zu sorgen. Der Verters ist von einigen wenigen allerdings dazu missbraucht worden, um diffamierende und ehrverletzende Äußerungen zu tätigen, die zuletzt sogar dazu geführt haben, dass mit gerichtlichen Konsequenzen gedroht wurde. Der Landesvorstand hat dann nach vielen erfolglosen Versuchen der Schlichtung veranlasst, dass das Schreiben in die-

DIE LINKE.
N I E D E R S A C H S E N

sem Verters vorläufig moderiert wird. Der Landesvorstand betont die Vorläufigkeit und hat eine neue Abfrage an die Kreisverbände hinsichtlich der Schreibberechtigten gerichtet und wird den Verters bis zu seiner Sitzung am 22. Juni im zusammen mit den Gliederungen neu aufstellen. Der Landesvorstand betont die Notwendigkeit eines solchen funktionierenden Verters.

Zum Tagesordnungspunkt RLS NDS führte der Vorsitzende Stephan Krull mit einem inhaltlichen Referat ein. Als Schwerpunkte der RLS Niedersachsen seien die kommunalpolitische Bildungsarbeit, Sozial-Ökologische-Transformation, Gesellschaftskritische Veranstaltungen zur Ideologie und Medienkritik, Lebensvielfalt und historische Bildung angedacht. Es wurde vereinbart, enger zu kooperieren und die Veranstaltungen und Bildungsangebote verstärkt zu nutzen und zu bewerben, denn es sei auffällig, dass unter den tausenden von Teilnehmern nur in sehr kleiner Anzahl Mitglieder der LINKEN seien.

► Linksjugend [„solid“] wieder aktiv!

Seit kurzem gibt es in Göttingen wieder eine Anlaufstelle für junge Menschen, die sich aktiv für eine gerechtere Gesellschaft, ein lebendiges und kritisches Verständnis von Demokratie und die Umverteilung von Reichtum und Arbeit einsetzen.

Die Linksjugend [„solid“] hat sich neu formiert und setzt sich parteiunabhängig mit aktuellen gesellschaftsrelevanten Themen auseinander. Dazu gehören auch konkrete Aktionen wie die Beteiligung an

Anti-Nazi Demos und der Protest gegen das kapitalistische Bankensystem im Rahmen der blockupy Bewegung. Offener Protest ist ein legitimer Ausdruck von Unzufriedenheit in Zeiten der Fremdbestimmung. Doch welche Welt wünschen wir uns eigentlich? Wie können wir den Anti-Nazi Protest in ein Pro-Vielfalt Manifest transformieren? Wie Anti-Sexismus in Pro-Gender Equality überführen? Hier sind kreative und mutige Ideen gefordert,

hier bist du gefordert! Solid ist ein offener Raum- offen für deine Vorschläge und deinen Standpunkt. Wenn du selbst deine Ideen beitragen möchtest, dann bist du hier genau richtig- denn deine Meinung ist wichtig!

Solid trifft sich **mittwochs ab 19h im Roten Zentrum** (Lange-Geismar-Str.2), Treffen finden generell in einem zweiwöchigen Rhythmus statt und können jederzeit über die folgende email Adresse erfragt werden: solid@die-linke-goettingen.de. Das nächste Gruppentreffen findet am 5. Juni statt. Wir freuen uns auf dich als neues Mitglied!

Spendenaufuf

Liebe GenossInnen und UnterstützerInnen

wir alle schätzen und nutzen das Rote Zentrum. Damit dies zukünftig so bleiben kann, bitten wir diejenigen denen es finanziell möglich ist, um eine Spende an Die Linke.Kreisverband Göttingen. Durch die Übernahme des bisherigen Abgeordnetenbüros als auch durch den bevorstehenden Bundestagswahlkampf benötigen wir eure zusätzliche finanzielle Unterstützung. Spenden sind steuerlich absetzbar und werden bis zu 50% mit der Steuererklärung erstattet.

Aufgrund des Ergebnisses der vorangegangenen Landtagswahl ist die finanzielle Lage unserer Partei nicht besser geworden. Gleichwohl finanzieren sich alle parteilichen Aktivitäten ausschließlich und mit gutem Grund aus Mitgliedbeiträgen und Spenden.

Für eure Unterstützung daher ein solidarisches Danke im Voraus:

Kontoverbindung: Die Linke. Kreisverband Göttingen, Kontonr.: 340 151 0800, BLZ 26090050 Volksbank Gö.

▶ Hätte Innenminister Pistorius besser den Daumen gegenüber dem Göttinger Polizeipräsidenten gesenkt?

Die neueste Gewaltstatistik für den Bereich der Göttinger Polizeidirektion ist auf dem Tisch. Polizeigewalt wie man sie im Januar 2012 bei der Wahlkampfveranstaltung des nunmehr abgewählten Innenministers Schünemann anlässlich seines Besuches beim RCDS an der Universität Göttingen erleben konnte und wie sie der NDR* in einem Video dokumentiert hat wird umgedeutet und so ist von „mehr linker Gewalt“ in der Jahresstatistik die Rede. Schaut man sich die Fallzahlen genau an, wird schnell deutlich, dass sich an der Politik des Polizeipräsidenten Kruse unter der neuen Landesregierung keine Besserung abzeichnet. Es wird weiter geschummelt und getrickst. Nach der RCDS-Wahlkampfveranstaltung gab es 17 Strafanzeigen gegen ANTIFA-Aktivist/

innen, allerdings führten davon lediglich fünf zu einer Verurteilung. Zwölf der damaligen Blockierer/innen der RCDS Veranstaltung wurde zu Unrecht eine Straftat angelastet und doch tauchen die zwölf als linke Gewalttäter/innen in der Jahresstatistik als Politisch Kriminelle auf. Es stellt sich daher die Frage: Genügt es, einfach möglichst viele Anzeigen zu stellen und so die Zahlen „linker Gewalt“ künstlich hoch zu stilisieren und dadurch vermeintliche Fakten zu schaffen? Weiterhin fällt auf, dass in der Statistik nun auch die friedliche Anti-Atom Bewegung im Bereich Inspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden kriminalisiert und deren Aktionen dem linken Spektrum zugeordnet werden.

Vielleicht überdenkt die rot-grüne Landesregierung noch mal ihre Entschei-

dung, lediglich drei Polizeipräsidenten mit CDU-Parteibuch in Niedersachsen durch neue zu ersetzen und die Zahl auf notwendige Vier „geschasste“ Polizeipräsidenten zu erhöhen. Eines muss man der neuen Landesregierung dabei ins Gedächtnis rufen, es sind die Worte des Theologen Martin Niemöller: *„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“*

*NDR Video: <http://rdd.me/-ajax6i0h>

▶ Neue Willkürmaßnahmen gegen SGB II Leistungsempfänger/innen und die Arbeitsmarktdaten des Landkreis Göttingen

In der Stadtratssitzung am 15. Mai 2013 wurde durch eine Einwohnerfrage deutlich, dass Stadt und Landkreis Göttingen neue Möglichkeiten nutzen, Menschen, die im Leistungsbezug von SGB II sind, zu sanktionieren. Es geht um Vorwürfe wegen Leistungsbetrug durch das Jobcenter, die ohne richterliches Urteil mutmaßlich dazu führen würden, dass Menschen allein durch den Vorwurf „Leistungsbetrug“ auf 100 % sanktioniert werden und ihnen danach weder Kosten der Unterkunft (KdU) noch der gesetzlich vorgeschriebene Krankenversicherungsschutz zur Verfügung gestellt würden. Das Rechtsstaatliche Grundprinzip der Unschuldvermutung würde damit offensichtlich Ad acta gelegt. Auf die Frage des Bürgers ob man im Rat die Ansicht teile, dass diese Sanktionsmaßnahmen rechtens seien, antwortete SPD-Oberbürgermeister sinngemäß: „Derartige Sanktionen sollten nur stattfinden, wenn ein erhärteter und durch Urkunden klar

belegbarer Verdacht besteht oder wenn ein Urteil durch ein Gericht gesprochen wurde, das einen Leistungsbetrug belegt.“ Zum Oberbürgermeister gilt es anzumerken, er ist Volljurist – 1976 erst Staatsanwalt und später Richter am Amtsgericht in Göttingen. Er weiß also wovon er spricht. Patrick Humke, von der GöLinke-Fraktion, äußerte anschließend erhebliche Zweifel an derartigen Maßnahmen. Auch ihm sei ein Fall bekannt der ähnlich gelagert sei und man dies kritisch zu beleuchten habe. Der fragstellende Bürger wurde durch Mitglieder des Rates im Gegenzug gefragt ob er selbst betroffen sei, was er mit „Nein, derzeit noch nicht – aber es fällt auf, dass diese Willkürmaßnahme immer häufiger gerade Personen trifft die mit bürgerlichem Engagement vorgehen und sich selbst eher im linken Spektrum verorten.“

Danach wurden noch Fragen zu den aktuellen Arbeitsmarktdaten gestellt, unter

anderem wieso in diesen Statistiken die Sanktionen gegenüber SGB II Leistungsempfänger/innen nicht aufgeführt sind. Der Rat verwies auf den zuständigen Landkreis Göttingen. Dies bietet sich am 12. Juni während der Kreistagssitzung an, dort geht es um ein weiteres brisantes Thema: Die Verwaltung des Landkreises Göttingen möchte offensichtlich nach Einholung eines neuen, sehr teuren Gutachtens die Kosten der Unterkunft (KdU) für SGB II Leistungsempfänger/innen senken. Man munkelt, dass Landrat Reuter (SPD) lieber gestern als heute beschlossen hätte die KdU zu senken. Die SPD scheint in diesem Thema unterschiedlicher Auffassung und wirkt auf Außenseiter zerstritten. Bei der CDU zeichnet sich jetzt schon ab, dass man wohl der Verwaltungsvorlage folgen möchte.

**Deshalb:
Auf zur Kreistagssitzung (12.06. um 15.00 Neues Rathaus**

► Erstmöblierung

Einstieg in den Ausstieg aus Hartz IV

Eine jungen Frau aus dem Landkreis Göttingen hat einen Ausbildungsplatz gefunden. Altenpflegerin wird sie werden, in einem großen Seniorenheim im Landkreis. Endlich aus der sogenannten Warteschleife raus, endlich eigenes Geld verdienen und eine Ausbildung beginnen, endlich raus aus Hartz IV! Raus aus Hartz IV? Dafür wird die Ausbildungsvergütung wohl nicht reichen. Außerdem: Ein Umzug in den Ort des Seniorenheimes erspart viele Fahrtkosten und Zeit, außerdem ist man dann ja flexibler falls mal ein Kollege krank ist und schnell ein Ersatz für die Schicht gebraucht wird. Dafür fehlt aber das nötige Geld.

Also müssen nun Anträge gestellt werden:

1. ein Antrag auf Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) bei der Agentur für Arbeit. Der wird erst ausgehändigt, wenn der Ausbildungsvertrag unterschrieben vorliegt. Der aber ist drei Monate vor Ausbildungsbeginn noch nicht unterschrieben. Die zuständige Mitarbeiterin des Seniorenheimes ist im Urlaub, also dauert es noch ein wenig bis zum unterschriebenen Vertrag. Aber viel Zeit wird darf sie nicht verstreichen lassen, denn die Bearbeitung des Antrages kostet Zeit und Berufsausbildungsbeihilfe wird nicht rückwirkend ausgezahlt! Außerdem wartet der Vermieter nicht auf die Bearbeitung des Antrages, sondern verlangt pünktliche Zahlung.

2. Ein Antrag auf ergänzende Leistungen nach SGB II. Auch der kann erst mit dem unterschriebenen Ausbildungsvertrag eingereicht werden und braucht ebenfalls Zeit.

3. Ein Antrag auf Erstmöblierung beim Jobcenter. Den kann sie jetzt schon stellen und der hat Aussicht auf Erfolg.

Die junge Frau hat bisher möbliert gewohnt, hat also Anspruch auf eine Unterstützung bei der Einrichtung der ersten eigenen Wohnung. Sie nimmt Kontakt zur Leistungssachbearbeitung (LSB) des Jobcenters auf, um diesen Antrag zu stellen. Die Mitarbeiterin hat auch gleich am nächsten Tag einen Termin frei, neun Uhr. Dort darf die junge Frau dann folgendes erleben:

Selbstverständlich ist am Schreibtisch der Mitarbeiterin der LSB Platz für Besucher. Der befindet sich direkt ihr gegenüber am Schreibtisch, aber dazwischen ist der Bildschirm aufgestellt, so dass Besucher ein wenig an die Seite rücken müssen um Blickkontakt zu der Sachbearbeiterin aufnehmen zu können. Auf dem Schreibtisch riesige Berge von Akten, Telefon, Dosen mit Desinfektionsspray und weitere Aktenstapel.

Es entspinnt sich ungefähr folgender Dialog: „Ein Antrag auf Erstmöblierung, ja,

dann schreiben Sie doch mal auf, was Sie brauchen und reichen mir das ein, ich bearbeite das dann.“ „Ich habe schon eine Liste geschrieben, die habe ich sogar schon mit und ich kann ich Ihnen alles sagen.“ „Hm...., naja gut, was haben Sie denn da?“

Man kann dem Tonfall entnehmen, dass es der Sachbearbeiterin lieber gewesen wäre, wenn die junge Frau sich nun nach Hause begeben hätte um diese Liste zu schreiben und sie später am Informationsschalter einreichen würde.

Aber die junge Frau beginnt aufzuzählen, was sie denn so braucht: „... Komplette Küche, also Herd, Kühlschrank, Tisch, Schränke, Waschmaschine, einen Esstisch brauche ich.... ein Bett habe ich und auch ein Regal, aber mein Schrank, der ist kaputt gegangen. Den haben meine Eltern für mich angeschafft als ich zwei Jahre alt war, der war damals schon gebraucht, von meiner Oma, der ist aber schon vor zwei Jahren kaputt gegangen, also einen Schrank brauche ich auch...“

„Aber Sie haben einen Schrank, also einen gehabt, der ist kaputt gegangen, aber Sie hatten einen, dann ist das ja jetzt gar keine Erstanschaffung, sondern eine Ersatzbeschaffung, das können wir nicht gewähren. Sie hatten ja schon mal einen Schrank.“ „Ja, aber der ist kaputt, der war damals schon ganz alt und klapprig und inzwischen ist er kaputt, ich habe meine Klamotten seit 2 Jahren in grünen Plastikkisten, ich brauche einen Schrank.“ „Nein, ja, das kann ja sein... aber Sie hatten schon mal einen! Gut, der ist kaputt, aber dann wäre das ein Ersatz für diesen Schrank und Ersatz können wir nicht finanzieren, nur Erstausrüstung, weil - Sie hatten ja schon einen Schrank.“

„Ja, aber, ich habe keinen Schrank!“ „Sie hatten aber einen, wie gesagt, das wäre dann Ersatz. Ersatz können wir nicht finanzieren.“ „Aber ich brauche doch einen Schrank! Wie soll ich das denn machen? Groß muss er ja nicht sein, aber einen Schrank brauche ich schon!“ „Nein, ich kann Ihnen keinen bezahlen ... Aber Moment ... ich könnte Ihnen ein Darlehen gewähren, für die Anschaffung eines Schrankes, das wären ... Moment (Sie klickt in ihrem Computer herum, dauert einen Moment, bis sie die richtige Liste gefunden hat).. also das wären 39 Euro. Die könnten Sie als Darlehen bekommen, für einen neuen Schrank.“

„39 Euro ??? Für einen Kleiderschrank?“ „Ja, 39 Euro, mehr kann ich Ihnen nicht anbieten. Das wäre dann auch ein Darlehen von uns. Das würden wir allerdings gleich im nächsten Monat einbehalten, dann ist das Darlehen auch schon zurückgezahlt.“ „39 Euro für einen Kleiderschrank? Ein Kleider-

schrank kostet doch viel mehr! Und wieso gleich im nächsten Monat einbehalten. Ich dachte ein Darlehen wird in Raten zurückgezahlt, nicht der ganze Betrag auf einmal, das ist doch gar kein richtiges Darlehen, dann kann ich das doch gleich in diesem Monat bezahlen und brauche kein Darlehen.“ „Ja, das könne Sie auch. Wollen Sie nun das Darlehen für den Schrank?“ „Nein, dann möchte ich das nicht.“

„Gut, was brauchen sie denn noch so? Wieviele Räume hat die Wohnung denn?“ „Vier.“ „Aha, also vier Lampen! Noch was?“ „Naja, dann habe ich hier noch so Kleinkram auf meiner Liste: Besen, Handfeger, Wäscheständer, Bügelbrett, Gläser, ich habe keine Gläser, und eine Pfanne, ach so, ein Staubsauger, sowas brauche ich auch noch.“ „Diese Dinge sind alle in der Haushaltspauschale enthalten, die ist für solchen Kleinkram.“ „Darf ich fragen, wie hoch ist denn diese Pauschale?“ „Das sind 60 Euro“

„Hm... Staubsauger ist da auch mit drin?“ „Moment, ich schau mal in der Richtlinie nach (Die Mitarbeiterin klickt wieder in ihrem Computer herum) „Ach, ich sehe grade, ein Staubsauger ist in der Pauschale nicht mehr enthalten, dann müssen wir mal hier schauen, ob der da drin ist, bei der Erstausrüstung ... nein, sehe ich hier nicht ... gibt es wohl nicht mehr ... nein... der wurde rausgenommen, brauchen Sie denn einen, haben Sie dort Teppich?“ „Ja, das Wohnzimmer hat Teppich.“ „Sie meinen Auslegware, also das kann man nicht rausnehmen, das ist mit dem Fußboden verklebt.“ „Ja, das ist im ganzen Zimmer, den kann man nicht rausnehmen.“ „Ok, dann schreiben Sie doch bitte hier noch dazu, dass ein Zimmer Teppichboden hat und Sie dafür einen Staubsauger benötigen, dann können wir den vielleicht genehmigen, ich kann Ihnen aber nicht sagen, welcher Betrag dafür angesetzt wird ...“

Der jungen Frau ist nicht bewusst, wie sie hier behandelt wurde. Sie freut sich über den erfolgreich gestellten Antrag, weiß noch nicht, wie viel Geld sie erhalten wird, sie hat gelernt dass es noch andere Formen von Darlehen zu geben scheint, weiß nun dass man als „Kunde“ des Jobcenters seinen Teppichboden auf andere Art als mit einem Staubsauger sauber halten können sollte und dass man als Bewohner einer Wohnung mit vier Räumen mit vier Lampen zurecht kommen muss, Arbeitsleuchten, Leselampen, Nachtschleuchten und Schreibtischlampen sind etwas für andere Menschen.

Beschämend ist auch die Haltung der Mitarbeiterin der Leistungssachbearbeitung, die sich ganz wie eine Richterin an die Buchstaben von Gesetzen und Verordnungen hält und als Bollwerk Aktenstapel und Monitor einsetzt. Den Ermessensspielraum betritt sie vorsichtshalber nicht und lässt ihre Kunden spüren, dass sie Bittsteller sind! (es)